

# Deutungs- kampf um ein Virus

Die Corona-Pandemie  
und andere Krisen in den  
USA: Ein Blick aus trans-  
atlantischer Perspektive auf  
ein gespaltenes Land.

Von **Heike Paul**

## 225.739

bestätigte COVID-19-Todesfälle  
in den USA

Johns Hopkins University,  
27. Oktober 2020

Dass die Corona-Krise eine „globale Krise“ ist, ist unbestreitbar. Ebenso offensichtlich ist jedoch, dass die Bewertung der Krise, die politischen Reaktionen und die Pandemie-Bekämpfungsstrategien im globalen Vergleich stark variieren. Kultur- und systemspezifische Muster prägen den Umgang mit der COVID-19-Pandemie, auch in den USA. Besonderes Augenmerk muss hier zudem auf die Thematisierung der (gescheiterten) Pandemiebekämpfung im amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf gelegt werden. Zweifellos sind die USA immer noch besonders hart von der Corona-Krise und ihren Folgen betroffen. Einige Kommentare sprechen davon, dass es letztlich das am stärksten betroffene Land unter den Industrienationen sein könnte. Insofern gilt es, die kulturellen, politischen und sozialen Spezifika kurz zu beleuchten, die den Umgang mit der Pandemie dort beeinflussen und die auch in der aktuellen politischen Gemengelage zum Tragen kommen.

### Das Corona-Virus in den USA

Seit Ausbruch der Pandemie in den USA zu Beginn dieses Jahres sind die gravierenden Auswirkungen der hohen Zahl an Infektionen und Toten in der amerikanischen Bevölkerung ebenso erkennbar wie die Reaktionsmuster der amerikanischen Politik und politischen Kultur: Erstens stand und steht die Rolle des Führungspersonals, vor allem des Präsidenten, und die Ausführung dieser Rolle durch Amtsinhaber Donald Trump als „Präsident im Krisenmodus“ seit Beginn der Pandemie in der Kritik; George Packer hat den Begriff einer „dysfunktionalen Regierung“ geprägt, um die Trump-Administration und die Pandemie-Taskforce unter Leitung von Vizepräsident Mike Pence zu beschreiben. Dabei werden Trumps Strategien der Verleugnung der Gefahr durch das Virus (Corona als „hoax“, d. h. als Schwindel), die resultierenden verzögerten Hilfsmaßnahmen seitens der amerikanischen Bundesregierung, die Abwertung wissenschaftlicher Expertise und die Dämonisierung des Virus als „fremd“ und als Angriff auf die USA (und die amerikanische Wirtschaft) von außen, dem man allein mit Grenzschließungen begegnen müsse, kritisch eingeordnet. Diese Form des Umgangs mit der Pandemie steht ganz im Zeichen von Trumps autoritärem Populismus.

Zweitens lassen sich auf der Ebene der Bundesstaaten im föderalen System der USA und in der Betrachtung der Situation bezüglich spezifischer Regionen und verschiedener Bevölkerungsgruppen in allen Landesteilen deutliche Unterschiede und Besonderheiten ausmachen: Der Fokus auf die Einzelstaaten und die Demografie zeigt gesellschaftliche und strukturelle Probleme, die durch die Corona-Krise besonders profiliert zutage treten, auch wenn sie nicht erst durch diese ausgelöst wurden: der Umstand, dass viele Amerikanerinnen und Amerikaner keine Krankenversicherung haben, dass nicht-weiße Teile der Bevölkerung unverhältnismäßig hart von dem Virus betroffen sind, dass Obdachlosigkeit bedingt durch überbelegten Wohnraum in den Städten grassiert, dass sich Arbeitslosigkeit in strukturschwachen Regionen verstetigt hat – das alles macht in Zeiten von Corona einmal mehr augenfällig, dass Armut in den Vereinigten Staaten, einer der reichsten Nationen der Welt, nicht zuletzt bedingt durch den dominanten Individualismus

# 69%

**der befragten US-Bürgerinnen und -Bürger beurteilen den Umgang der USA mit dem Corona-Virus im Vergleich zu anderen Industrienationen als weniger erfolgreich**

Pew Research Center, 6. August 2020

und den Neoliberalismus zu einer Frage von Leben und Tod werden kann.

Drittens hat die Corona-Krise gesellschaftliche und politische Konfliktlinien verschärft und die tiefen Gräben zwischen den politischen Lagern sichtbar gemacht. All die existentiellen Bedrohungen durch das Virus und die Begleiterscheinungen der Pandemie zeigen ein Land in Trauer und Wut.

### **Rassismus – ein „amerikanisches Virus“?**

Seit der gewaltsamen Tötung des Afroamerikaners George Floyd durch einen Polizeibeamten Ende Mai ist die Black Lives Matter-Bewegung wieder erstarkt, und die Rede vom Rassismus als „amerikanisches Virus“ perspektiviert auch die Pandemie-Bekämpfung neu. CNN-Nachrichtensprecher Don Lemon formulierte es am 28. Mai 2020 so: „Es gibt heute Abend zwei schwere Krisen in diesem Land. Zwei lebensgefährliche Viren töten Amerikanerinnen und Amerikaner: COVID-19, Rassismus-20.“ Die Metapher ist schief, sicher, denn Rassismus ist kein unsichtbares Virus, das die Menschen einfach so befällt und dem sie ausgeliefert sind. Vielmehr ist es das Produkt einer systemischen und über Jahrhunderte tradierten, gewaltsam durchgesetzten Ausübung weißer Privilegien, deren Aufhebung bzw. Beseitigung in Zeiten eines aufflammenden Ethnonationalismus in den USA umso dringlicher ist. Dennoch artikuliert die Bildlichkeit sehr eindrücklich die Schmerzen der Opfer von Polizeigewalt, im buchstäblichen Sinne: ihre Atemnot und das Ersticken sowie die Dringlichkeit der Bekämpfung dieser Gewalt, auch auf struktureller Ebene. Auf die Proteste und Demonstrationen in zahlreichen amerikanischen Städten antwortete der amtierende Präsident in erwartbarer Weise vor allem mit „law and order“-Parolen und mit Strategien der Eskalation. Die Proteste kamen ihm gelegen, so eine verbreitete Einschätzung, um von den Auswirkungen der Pandemie und den eigenen Versäumnissen bei ihrer Bekämpfung abzulenken und stattdessen ein Szenario von im Chaos versinkenden, demokratisch regierten Städten (dies sind nahezu alle Metropolen der USA) heraufzubeschwören, das nur er mit harter Hand beseitigen könne und müsse. Die Frontstellung zwischen dem Präsidenten und den regionalen Amtsträgern, den

Gouverneuren der Einzelstaaten, in der Corona-Krise spitzte sich auf lokaler Ebene weiter zu in der respektlosen und maliziösen Art und Weise, wie der Präsident nun einzelne Bürgermeister antagonisierte.

### **Unter den Rädern des Wahlkampfwagens**

Mehrere Monate später, im Herbst, blicken wir zurück auf eine Geschichte der massiv konfliktbehafteten Deutungskämpfe um die Auswirkungen des Virus auf die amerikanische Gesellschaft und die angemessene Form seiner Bekämpfung. Dabei ist zu beobachten, dass die vorhandenen Polarisierungen innerhalb der amerikanischen Gesellschaft, wenn überhaupt, nur sehr punktuell überwunden werden konnten und sich in einer Zeit, in der sich das Land in einem bisweilen hemmungslos geführten Wahlkampf befand, insgesamt noch verschärft haben. In der Tat haben wir in den letzten Monaten gesehen, was passiert, wenn die Corona-Krise durch parteipolitische Interessen instrumentalisiert wird. Die Parteitage der Demokratischen und der Republikanischen Partei Ende August haben dies überdeutlich werden lassen und dabei jeweils ihre eigene Deutungshoheit über die Corona-Krise (und andere Krisen) beansprucht.

Für die Demokraten diente der Parteitag der Beweisführung, dass Donald Trump ein ungeeigneter, fauler und empathiefreier Präsident ist. Michelle Obamas Rede, für viele Zuhörerinnen und Zuhörer eine der eindrücklichsten der Veranstaltung, kulminierte in dem Satz: „Donald Trump ist der falsche Präsident für unser Land.“ In der Gefühlsstruktur des amerikanischen Staatsbürger-sentimentalismus rief sie das amerikanische Wahlvolk auf, das Corona- (und anderweitige) Missmanagement Trumps zu beenden und ihn abzuwählen. Die Dämonisierung Donald Trumps in Zeiten von Corona und die Aktivierung der afroamerikanischen Wählerschaft im Zeichen einer neuen Bürgerrechtsbewegung waren die bestimmenden Themen des aufgrund von Corona erstmals virtuell durchgeführte Parteitag-Spektakels (und generell des Wahlkampfes der Demokraten). Empathie, Trauer und die tiefe Sorge um das Fortbestehen der amerikanischen Demokratie waren die bestimmenden Emotionen.

## **Die Bedrohungen durch das Virus und die Begleiterscheinungen der Pandemie zeigen ein Land in Trauer und Wut.**

Während die Demokraten der Trump-Administration Empathielosigkeit und Regierungsversagen in der Pandemie attestierten, hob die Republikanische Partei auf ihrem Parteitag, der als kleinere Präsenzveranstaltung entgegen üblicher Gepflogenheiten von Trump teils auf dem Rasen direkt vor dem Weißen Haus abgehalten wurde, einmal mehr auf die Dämonisierung des Fremden ab, indem sie das Virus zum feindlichen Eindringling erklärte. Dies war etwa zu hören in der Parteitagsrede von Donald Trump Jr., der die fantastische Leistung seines Vaters und einen nie dagewesenen ökonomischen Aufschwung hervorhob, eine Leistung, die dann vom „chinesischen Virus“ und mit „freundlicher Genehmigung der kommunistischen Partei Chinas“ zunichte gemacht worden sei. Diese Perspektive deckt sich mit den Äußerungen seines Vaters, der in Tweets stets vom „chinesischen Virus“ oder vom „Wuhan-Virus“ spricht. Im (Parallel-)Universum der Republikanischen Partei besteht jedenfalls kein Zweifel, dass Präsident Trump schnell und umsichtig auf die Pandemie reagiert habe.

In welchem Ausmaß die toderne Aufgabe einer kompetenten Bekämpfung des Corona-Virus unter die Räder des Wahlkampfes geriet, sieht man bereits daran, dass sich der Amtsinhaber wiederholt darüber lustig machte, dass sein politischer Gegner Joe Biden in der Öffentlichkeit eine Gesichtsmaske trage – und sich vermeintlich als ängstlich, unmännlich, sogar unamerikanisch erweise. Beide Kandidaten gehören bekanntlich zur Risikogruppe: Trump ist Jahrgang 1946, Biden Jahrgang 1942.

### Nicht die einzige Krise

Die Corona-Krise und ihre sozialen, politischen und wirtschaftlichen Folgen sind und bleiben nicht die einzige Krise, die die USA derzeit zu bewältigen haben und die in den letzten vier Jahren arg gebeutelte amerikanische Demokratie einem weiteren schweren Belastungstest ausgesetzt hat. Der autoritäre Populismus des Donald Trump wird – unabhängig vom Wahlausgang (Redaktionsschluss für diesen Artikel war der 9. September 2020) – noch lange nachwirken: in der amerikanischen Gesellschaft, in den politischen Institutionen

### Haben die Vereinigten Staaten im Umgang mit dem Corona-Virus bislang gute Arbeit geleistet?

Pew Research Center, 15. September 2020

# 15%

der Befragten in 13 Ländern Nordamerikas, Europas und Asiens stimmen zu

## Viele Amerikaner und Amerikanerinnen haben keine Krankenversicherung, nicht-weiße Teile der Bevölkerung sind unverhältnismäßig hart vom Virus betroffen.

des Landes und in der Art und Weise, wie die Amerikanerinnen und Amerikaner die Präsidentschaft und die Person im Oval Office beäugen. Die strukturellen Ungleichheiten, die die Pandemie wie in einem Brennglas sichtbar gemacht hat, wird auch ein Präsident Biden nicht beseitigen können. Sein Wahlkampfprogramm hat viele Forderungen des sogenannten linken Flügels seiner Partei stark abgeschwächt – darunter die einer umfassenden Krankenversicherung für alle Amerikanerinnen und Amerikaner. Dennoch steht Biden für eine andere Form der politischen Kommunikation, einen anderen Politikstil und andere symbol-politische Praktiken. Welche Auswirkungen die Corona-Krise auf das Wahlverhalten der Amerikanerinnen und Amerikaner hat(te), wird noch differenzierter auszuwerten sein. Das Abklingen der Pandemie ist jedenfalls für die USA ebenso zu erhoffen wie eine Erholung der amerikanischen Demokratie.

### Prof. Dr. Heike Paul

lehrt Amerikanistik an der Universität Erlangen-Nürnberg, ist Direktorin der Bayerischen Amerika-Akademie und Mitglied der BAdW. Sie forscht zu amerikanischen Mythen, Populärkultur und Gender Studies, afroamerikanischer Literatur und Geschichte sowie kultureller Mobilität. Im ersten Halbjahr 2020 war sie Stipendiatin im Thomas Mann House in Pacific Palisades, Los Angeles.

Im Mai 2020 schilderte Heike Paul ihre Eindrücke aus dem gespaltenen Land in der Corona-Krise, nach der US-Wahl analysierte sie das Ergebnis. Sie finden beide Podcasts unter: [badw.de/die-akademie/presse/podcast](https://badw.de/die-akademie/presse/podcast)

